

Claus Heinrich Gattermann

Das selbständige Kroatien

Krieg und Frieden

Inhalt:

EINLEITUNG	2
1. EIN NEUER STAAT ENTSTEHT	2
1.1. DER MACHTWECHSEL: VON DEN KOMMUNISTEN ZUR HDZ.....	2
1.2. TUDJMANS KROATIEN ALS TEIL JUGOSLAWIENS 1990/91.....	4
1.3. DIE SERBISCHE MINDERHEIT IN KROATIEN	6
2. DER KRIEG	8
2.1. DER ANFANG: DIE AUFSTÄNDE DER SERBEN	8
2.2. KROATIEN ALS UNABHÄNGIGHÄNGIGER STAAT UND DIE INTERNATIONALE STAATENGEMEINSCHAFT.....	9
2.3. BOSNIEN-HERZEGOWINA	11
2.4. DAS ERSTARKEN KROATIENS UND DIE GEGENOFFENSIVEN 1995.....	12
2.5. DIE BRUTALITÄT DES KRIEGES – ETHNISCHE SÄUBERUNGEN UND KRIEGSFOLGEN.....	13
3. DIE REPUBLIK KROATIEN	14
3.1. DAS LAND UNTER DEM PRÄSIDENTEN TUDJMAN	14
3.2. AUF DEM WEG NACH EUROPA	15
ZUSAMMENFASSUNG	16
LITERATUR	16

Einleitung

Die bereits in den achtziger Jahren zutage getretenen Zerfallserscheinungen des einst von Tito geschaffenen Jugoslawien kulminierten 1989/90 in einem rasanten Verfall der Währung, damit verbunden der Wirtschaft und in einer bis dahin nicht für möglich gehaltenen Renaissance der Nation als Ordnungsmuster für die staatliche Landschaft Jugoslawiens. Vor dem Hintergrund der auf Veränderung bedachten Politik des sowjetischen Diktators Gorbatschow und der damit verbundenen Lockerung der aus dem kalten Krieg bekannten Machtstrukturen hatte kein kommunistisches Regime des östlichen Europa die Chance, einfach so weiterzubestehen wie zuvor. Die alten Diktatoren wurden abgelöst – mehr oder minder friedlich. Ohne die schützende Hand der Sowjetunion gab es für sie keine weitere Existenzberechtigung.

Auch Jugoslawien zerbrach in dieser Phase in seine verschiedenen Republiken. Damit entstand erstmals – sieht man vom Ustascha-Staat zur Zeit des Zweiten Weltkriegs ab – seit dem Mittelalter ein unabhängiges kroatisches Staatswesen.

1. Ein neuer Staat entsteht

1.1. Der Machtwechsel: Von den Kommunisten zur HDZ

Nun war Jugoslawien kein Staat unter sowjetischer Kontrolle gewesen. Gleichwohl hatte das Land eine kommunistische Diktatur gebildet, in den achtziger Jahren zwar nicht so zentral organisiert wie die Staaten des Warschauer Paktes und Albanien, aber trotzdem mit einer Herrschaft der kommunistischen Nomenklatura der einzelnen Bundesrepubliken. Folglich entstanden die neuen Reformbewegungen nicht auf jugoslawischer Bundesebene, sondern in einzelnen Mitgliedsrepubliken. Als Reaktion auf die drängenden Probleme des Landes, aber auch im Rahmen der allgemeinen Aufbruchsstimmung in Mittel-, Ost- und Südosteuropa bildeten sich neue Bewegungen, die massiv eine Beteiligung an der Macht forderten und innerhalb weniger Monate das kommunistische Herrschaftsmonopol beendeten. 1990 war der Zeitpunkt gekommen, an dem die Kommunisten sich nicht mehr in der Lage sahen, das öffentliche Begehren nach freien Wahlen zu unterdrücken.

1989 bereits hatte sich gezeigt, daß die politische Landschaft durchaus nicht so homogen war, wie der oberflächliche Blick auf die Einparteienherrschaft der Kommunisten vermuten ließ. Zwar waren selbst die zum Teil bereit, ihre Politik durch demokratische Wahlen untermauern zu lassen, was auch die Zulassung konkurrierender politischer Kräfte beinhalten würde. Vor allem aber stellte sich heraus, daß die Kräfte des kroatischen Frühlings von 1971 damals nicht auf Dauer zum Schweigen gebracht worden waren. Dabei befanden sich die Kommunisten in einer denkbar unkomfortablen Position: Einerseits mußten sie die Errungenschaften Titos und ihrer Partei – also letztlich das System Jugoslawien – verteidigen, andererseits aber den eben aus der kommunistischen Bewegung entspringenden Belastungen und Gefahren – neuer serbischer Nationalismus unter Milošević, Finanztransfer aus Kroatien nach Belgrad, untaugliche Wirtschaftspolitik – entgegen treten. Die einst auch in der kommunistischen Bewegung beheimateten, nun aber in kritischer Opposition dazu stehenden alten Protagonisten des kroatischen Frühlings dagegen konnten die Probleme des Landes ohne Rücksicht auf die Staatsraison debattieren und Lösungsvorschläge erarbeiten: Ein erheblicher Vorteil im sich gerade entwickelnden demokratischen Pluralismus.¹

¹ Strohmaier, Robert, Die Ideologie der Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (HDZ) in der Ära Franjo Tuđman. Historische Determinanten und Entwicklung. München 2004 (zugleich Diss. München 2003), S. 105-109.

Die Kommunisten versuchten zunächst, die neue Opposition in die sozialistische Arbeiterbewegung einzubetten und so zumindest den Schein des alten Herrschaftsmonopols zu wahren. Allerdings war recht bald klar, daß sie dem agitatorischen Können und der politischen Programmatik der Führer des kroatischen Frühlings wenig würden entgegensetzen können, um die Gunst der breiten Volksmassen Kroatiens zu gewinnen. Besonders schwierig wurde die Situation, als Franjo Tudjman im Februar 1989 die Führung der Opposition übernahm, einer Opposition, die nun ihren Charakter grundlegend änderte: Aus den anfangs bestimmenden Intellektuellen-Zirkeln Zagrebs wurde eine politische Partei, die Kroatische Demokratische Gemeinschaft (*Hrvatska Demokratska Zajednica*, HDZ).² Tudjman, einstiger Tito-Partisan und General der Jugoslawischen Volksarmee, hatte in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren als Historiker eine Weltsicht entwickelt, die mit dem kommunistischen System Jugoslawien kaum mehr in Übereinstimmung zu bringen war.³ Nun bewies er ein beeindruckendes Geschick darin, die kroatische Opposition zu einen und die neue HDZ nicht einfach als Partei, sondern als gesellschaftliche und politische Sammlungsbewegung aufzubauen.

In den folgenden Monaten trieb Tudjman die herrschenden Kommunisten in der politischen Auseinandersetzung um die Zukunft Kroatiens vor sich her, einstweilen allerdings, ohne durch eine demokratische Wahl das nötige Mandat erlangt zu haben. Es gelang ihm, eine Reihe wichtiger Mitstreiter zu gewinnen, darunter auch den Kommunisten Stjepan Mesić, der bislang Kroatien im jugoslawischen Staatspräsidium vertreten hatte. Das Programm der HDZ für die Zukunft Kroatiens hatte Tudjman in einer großen Rede anläßlich der Gründungsversammlung bereits im Februar 1989 abgesteckt: Abschaffung des kommunistischen Herrschaftsmonopols durch politischen Pluralismus, Abwehr des serbischen Nationalismus bzw. serbischer Hegemonialansprüche, Marktwirtschaft als ökonomische Grundordnung und schließlich, als logische Folgerung daraus, das Dringen auf das Selbstbestimmungsrecht des kroatischen Volkes – ein Selbstbestimmungsrecht, das auch die Option der nationalen Souveränität durch Verlassen Jugoslawiens beinhalteten müßte.⁴

Die Frage war nicht, ob es zu allgemeinen, freien und unmittelbaren Wahlen in Kroatien kommen, sondern allenfalls, wann das geschehen würde. Ende November 1989 war es dann eine eigentümliche Koalition zwischen der HDZ und reformorientierten Kommunisten, die sich solche auf ihre Fahnen schrieb und, nach Massendemonstrationen in Zagreb, die kommunistische Führung zu einem Einlenken in dieser Frage bewog: Am 10. Dezember 1989 faßte der Bund der Kommunisten Kroatiens mit denkbar knapper Mehrheit den Entschluß, für 1990 die geforderten freien Wahlen zuzulassen.

Der Wahlkampf fand in einer erhitzten Atmosphäre statt, was vielleicht auch nicht verwunderlich war. Schließlich neigen auch in lange etablierten Demokratien mit vergleichsweise wenigen Problemen Parteien dazu, vor Wahlen auf markige Worte und vereinfachende Schlagworte zu setzen, um sich im Wettbewerb um die Wählergunst Vorteile zu verschaffen. Hier aber drehte es sich um eine Richtungswahl, die das Schicksal Kroatiens und seiner Einwohner auf lange Sicht bestimmen würde, ja letztlich um die Entscheidung zwischen dem jugoslawischen Vielvölkerstaat auf der einen und einem Nationalstaat Kroatien auf der anderen Seite – selbst wenn die letztere Alternative einstweilen noch nicht im Vordergrund stand. Besonders kritisch war diese Entscheidung, weil einstweilen völlig offen war, wie das Jugoslawien dominierende Serbien des Slobodan Milošević die Ergebnisse aufnehmen würde, ein Aspekt, der angesichts der starken serbischen Volksgruppe in Kroatien von großer Bedeutung war. Wäre diese Volksgruppe bereit,

² Strohmaier, *Ideologie*, S. 110-111.

³ Zu Tudjmans Geschichtsbild und politischem Programm vgl. Tudjman, Franjo, *Das historische Schicksal des Volkes – Ausgewählte Aufsätze*, Bad Kissingen/Köln 1997.

⁴ Strohmaier, *Ideologie*, S. 111-113.

vom Status der dominierenden Nation in Jugoslawien in den einer Minderheit in Kroatien zu wechseln?

Gerade das Wahlprogramm der HDZ war geeignet, Zweifel daran zu wecken. Tudjmans Kurs beruhte auf zahllosen Rückgriffen auf kroatische Geschichte und Kultur, eine Verankerung, die kaum geeignet war, die kroatischen Serben in das neue Kroatien mitzunehmen. Aus deren Sicht – und aus der der Kommunisten – ließ sich das HDZ-Programm auch als neuer Totalitarismus interpretieren, als Ersatz des alles verdrängenden Leitbilds Kommunismus durch ein neues, nämlich Kroatien.⁵

Zwar hatte Tudjmans HDZ eine wichtige Stimme im Wahlkampf, sie bildete aber gleichwohl nicht die einzige Partei, die um die Stimmen der Wähler kämpfte. 1989/90 schoß eine Vielzahl politischer Gruppierungen aus dem Boden, die allesamt um die Teilhabe an der Macht kämpften. Der Bundes der Kommunisten Kroatiens als alte Monopolpartei benannte sich um in Sozialdemokratische Partei Kroatiens (*Socijaldemokratska partija Hrvatske*, SDP, zeitweise mit derselben Abkürzung auch *Stranka demokratskih promjena* = Partei der demokratischen Veränderung). Als zweite Linkspartei entstand die Sozialistische Partei Kroatiens (*Savez socijalista Hrvatske*, SSH). Die politische Mitte fand sich in der Sozialliberalen Partei (HSL) zusammen, auf der Rechten formierten sich die Kroatische Demokratische Partei (HDS), die Kroatische Christdemokratische Union (HKDU) sowie – in Anknüpfung an die zwanziger und dreißiger Jahre – die Kroatische Bauernpartei (HSS).⁶ Daneben existierte noch eine Reihe weiterer Parteien, die zum Teil nur regional präsent waren.

Für die Wahl und vor allem das daraus resultierende Ergebnis war das Wahlrecht von großer Bedeutung. Dieses Wahlrecht wurde durch die kommunistische Regierung in Gesetzesform gegossen, und zwar in eine Form des Mehrheitswahlrechts, mit der die Kommunisten glaubten, sich den Wahlsieg sichern zu können. Da es noch keine demokratischen Erfahrungen in Kroatien gab, auf die Überlegungen zu diesem Thema gestützt werden konnten, beruhte die Einschätzung der Kommunisten auf höchst unsicheren Wählerumfragen. Wie sehr sich die Kommunisten in der Lagebeurteilung geirrt hatten, wurde nach den Wahlen für die drei Kammern des Sabor am 22. April sowie am 5. und 6. Mai deutlich: Tudjmans HDZ errang in allen Kammern die absolute Mehrheit – am 30. Mai 1990, dem Tag der Regierungsneubildung, war nach gut 45 Jahren die kommunistische Herrschaft über Kroatien beendet. Neuer Präsident wurde Franjo Tudjman, Ministerpräsident Stjepan Mesić.⁷

1.2. Tudjmans Kroatien als Teil Jugoslawiens 1990/91

Tudjman und seine Verbündeten und Anhänger hatten die Wahl in Kroatien gewonnen, und sie mußten nun darangehen, ihren Sieg in praktische Politik umzumünzen. Das nächste große Vorhaben bildete die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, die den geänderten politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen entsprechen und zugleich in die Zukunft im Sinne der HDZ weisen mußte. Daneben kam es darauf an, eventuellen Gefährdungen des neuen demokratischen Kroatiens zu begegnen. Die zweifellos wichtigste dieser denkbaren Gefährdungen bestand in einer möglichen Sezession der Serbengebiete in der Krajina und in Slawonien.

Den Anfang machten im Juli 1990 einige Einzelgesetze, die den Weg zum kroatischen Nationalstaat wiesen – so wurde die kroatische Sprache in lateinischer Schrift als alleinige Amtssprache des Landes bestimmt, ein deutlicher Affront gegen die Serben, deren im Sabor

⁵ Strohmaier, *Ideologie*, S. 121-123.

⁶ Weckbecker, Arno und Frank Hoffmeister, *Die Entwicklung der politischen Parteien im ehemaligen Jugoslawien*, München 1997, S. 143.

⁷ Strohmaier, *Ideologie*, S. 125-128.

vertretene Abgeordnete von nun an das kroatische Parlament boykottierten und die serbische Bevölkerung zu einem Referendum über Unabhängigkeit und Autonomie aufriefen. Allerdings ließ sich die HDZ auf diese Weise nicht von ihrem Kurs abbringen: Am 22. Dezember 1990 verabschiedete der Sabor die neue Verfassung. Demnach wurde das Attribut „sozialistisch“ aus dem Staatsnamen gestrichen, der nunmehr schlicht „Republik Kroatien“ lautete. Ein neues Wappen wurde festgelegt, ansonsten entsprach die Verfassung in großen Zügen europäischen und demokratischen Standards. Das Land wurde zu einer Präsidentialrepublik mit einem zukünftig vom Volk direkt zu wählenden Präsidenten. Das Rechtsstaatsprinzip sollte die staatliche Exekutive reglementieren, die Grenzen der Gesetzgebung entstanden durch die Anerkennung der Europäischen Menschenrechtskonvention. Im europäischen Vergleich durchaus nicht ungewöhnlich, aber angesichts der Tatsache, daß sich Kroatien noch in der Entstehungsphase befand und unter den Serben höchst umstritten war, von hoher Brisanz erschienen die umfangreichen Hürden, die gegen Sezessionsbestrebungen und staatsgefährdende Agitation aufgebaut wurden – einem friedlichen Ausscheiden der Serben aus Kroatien war damit faktisch der Weg verbaut.⁸

Die raschen und bahnbrechenden Veränderungen in Kroatien blieben natürlich auch im Ausland und in den anderen jugoslawischen Bundesrepubliken nicht unbemerkt, und sie schufen die Notwendigkeit, erste Formen eigener Außenpolitik zu entwickeln. Einstweilen – also 1990 – beschränkte sich diese darauf, die Beziehungen zu den Bundesinstitutionen in Belgrad neu zu ordnen. Allerdings stellte sich heraus, daß die serbische Regierung unter Milošević nicht bereit sein würde, einer umfangreichen verfassungsrechtlichen Neuordnung Jugoslawiens zuzustimmen. Vielmehr erteilte der Serbenführer nun endgültig allen Optionen auf eine mit erheblich geschwächten Befugnissen fortbestehende jugoslawische Föderation eine Absage, um im Gegenzug durch Mobilisierung der Serben in allen Republiken die großserbische Variante in die Tat umzusetzen, wobei er sich zumindest teilweise auf jugoslawische Staatsorgane wie die JVA (Jugoslawische Volksarmee) stützen konnte. Damit aber war ein Interessenausgleich mit Kroatien (und auch Slowenien) in weite Ferne gerückt. Unterstützung erfuhr der jugoslawische Gedanke (gleich ob in der föderalen oder der großserbischen Form) durch das internationale Umfeld, das an einem Fortbestand Jugoslawiens interessiert war – nicht zuletzt, um keinen Präzedenzfall für andere Mehrvölkerstaaten zuzulassen. Namentlich die Europäische Gemeinschaft (EG) verfolgte einen solchen Kurs und beharrte auf dem Erhalt Jugoslawiens. Ein Druckmittel stellte die Beitrittsperspektive zur EG dar, schließlich hatten jugoslawische Bundesinstitutionen bereits erfolgversprechende Kontakte in dieser Hinsicht geknüpft. Der Beitritt aber sollte nach Vorstellungen der EG höchstens für Jugoslawien als Ganzes, nicht aber für ausgetretene Einzelrepubliken möglich sein.⁹

Angesichts des Scheiterns der kroatischen Vorschläge für eine Neugestaltung Jugoslawiens, der ohnehin mit dem kaum verbrämten Versprechen der Unabhängigkeit an die Macht gekommenen HDZ und der allgemeinen Verhärtung der Positionen im Streit mit Serbien und den Serben kristallisierte sich Ende 1990 und Anfang 1991 endgültig heraus, daß das Ziel Kroatiens die Unabhängigkeit sein würde – wobei linke und liberale Kräfte die Kontakte zu Jugoslawien nicht endgültig kappen wollten, die HDZ sowie die übrigen Rechtsparteien dagegen die vollkommene Souveränität anvisierten. Zum Katalysator der Entwicklung wurden die serbisch dominierten Bundesorgane, als sie begannen, die JVA in Kroatien zu verstärken und ganz offensichtlich eine gewaltsame Unterdrückung Kroatiens in Betracht zu ziehen. Gleichzeitig verhinderten serbische Abgeordnete in Belgrad, daß Stjepan Mesić sein Amt als Vorsitzender des jugoslawischen Staatspräsidiums antreten konnte. In einer Art Trotzreaktion, aber auch, um eigenen Politikvorstellungen zum Durchbruch zu verhelfen, verabschiedete der Sabor am 20. Februar

⁸ Strohmaier, Ideologie, S. 131-133.

⁹ Weckbecker/Hoffmeister, Entwicklung, S. 149 Anmerkung 34.

1991 eine Erklärung zum Austritt aus Jugoslawien. Wenig später, im April, begann die kroatische Regierung, bislang fehlende Elemente von Staatlichkeit aufzubauen, darunter eine eigene Verteidigungsorganisation. Bekräftigt wurde der Beschluß zur Unabhängigkeit durch eine Volksabstimmung im Mai 1991, wobei 94 Prozent der Abstimmenden für die Souveränität votierten. Rechtlich war dieses Referendum einwandfrei, sowohl nach der neuen kroatischen als auch nach der alten jugoslawischen Verfassung von 1974, die den Bundesrepubliken das Recht zum Austritt zugestanden hatte. Ob es politisch klug war, wird angesichts der folgenden Kriege noch lange Gegenstand von Debatten bleiben. Jedenfalls benutzte die kroatische Regierung das Referendum zunächst als Druckmittel gegen Belgrad, um den Gedanken einer geschwächten Föderation doch noch durchzusetzen. Als diese scheiterte, verkündete das Parlament am 24. Juni 1991 schließlich offiziell die Unabhängigkeit Kroatiens.¹⁰

Das neue Kroatien wurde eine eigentümliche Zwittergeburt. Verfassungsmäßig, ja sogar dem eigenen Selbstbewußtsein und den politischen Zielen nach strebte die HDZ, ja strebten mehrere Parteien den Gang nach Europa und in die westliche Wertegemeinschaft an. Faktisch dagegen ging das Land auf diesem Weg einen Umweg, der eigentlich nur durch die Schwierigkeiten der Selbstfindung einer Nation zu erklären ist, die über keine eigenständige souveräne Tradition verfügte. So versuchte die HDZ unter Tudjman, Kräfte für das Land zu sammeln, die im modernen Europa kaum auf Sympathien stoßen konnten, etwa alte Anhänger und Sympathisanten des Ustascha-Regimes im Zweiten Weltkrieg. Das entsprach zweifellos einer Zwangslage – liberale und linke Kroaten waren weniger für die kroatische Selbständigkeit zu begeistern denn rechte. Aber trotzdem haftete der Tudjman-Herrschaft alsbald der Ruf an, in gewisser Hinsicht in Kontinuität zum Regime des Ante Pavelić zu stehen, vor allem bei den Serben Jugoslawiens, aber auch in der linken und liberalen europäischen Öffentlichkeit. Und Tudjman, der einstige kommunistische Partisanenführer, tat wenig, um diesen Ruf Lügen zu strafen. Er band die nationalistische kroatische Diaspora in seinen Kampf um die Unabhängigkeit Kroatiens ein, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die jugoslawienfreundliche Politik namentlich der EG ihm bei der Suche nach Ressourcen wenig Alternativen dazu ließ.

1.3. Die serbische Minderheit in Kroatien

Bereits 1990, als sich der Zusammenbruch der jugoslawisch-kommunistischen Ordnung in Kroatien abzuzeichnen begann, hatten die Vertreter der serbischen Volksgruppe in Kroatien eine Verteidigungsposition gegenüber den neuen Strömungen eingenommen. Die Serben waren, vor allem nach dem Aufwachen des serbischen Nationalismus unter Milošević, nicht bereit, den Status eines konstituierenden Staatsvolkes in Jugoslawien mit dem einer Minderheit in einem neuen kroatischen Staat zu tauschen, selbst dann nicht, wenn Kroatien lockeres Mitglied einer schwachen jugoslawischen Föderation bleiben würde.

Allerdings stand die Art und Weise, in der die Serben ihren Konflikt mit der serbischen Staatlichkeit austragen würden, durchaus nicht von Beginn an fest. Zwar gab es bestimmte Merkmale der serbischen Volksgruppe, die nicht unbedingt für eine friedliche Konfliktlösung – die in anderen Sezessionsfällen Ost- und Südosteuropas durchaus gelang – sprachen: So vor allem das historische Herkommen der kroatischen Serben aus Kreisen der Hajduken und Grenzkämpfer, die staatlicher Organisation schon immer distanziert gegenüberstanden und in deren Selbstverständnis besagte Hajduken als Freiheitskämpfer und zugleich Räuber überaus angesehen waren.¹¹ Andererseits bildeten die Serben auch keinen homogenen Block. Während sich die schon seit Jahrhunderten in der Krajina und Slawonien siedelten Serben schon seit der

¹⁰ Strohmaier, *Ideologie*, S. 134-137.

¹¹ Buric, Christian, *Nationalismus, ethnischer Konflikt und Parteiidentität: Ein vergleichender und ideologiekritischer Beitrag zum Phänomen des Nationalen in Kroatien*, Diss. München 2000 (kein Verlag, Computer-Ausdruck), S. 169.

Habsburgerzeit mit Kroatien arrangiert hatten, zeigten die nach 1945 neu hinzugekommenen Serben aus Serbien (die z.T. auf Grundstücken von vertriebenen Donauschwaben wohnten) eine erhebliche größere Konfliktbereitschaft, vielleicht deshalb, weil die alten Ansiedler eher in festgefügt serbischen Siedlungseinheiten lebten, die übrigen aber oft als Minderheit unter Kroaten oder – im Nordosten – Ungarn.¹²

Die entscheidende Formung erfuhr die Position der kroatischen Serben jedoch von außen, aus Serbien selbst. Dabei lassen sich drei teilweise miteinander zusammenhängende Faktoren ausmachen: Erstens die großserbische Politik des Slobodan Milošević, zweitens als jugoslawische Bundesinstitution die Jugoslawische Volksarmee (JVA), und drittens extrem nationalistische paramilitärische Freischärler-Organisationen, namentlich die des Željko Raznatović (mit dem Beinamen *Arkan*) und des Führers der Serbischen Radikalen Partei, Vojislav Šešelj. Alle drei Kräfte kategorien definierten propagandistisch die kroatische Staatlichkeit per se als faschistisch, als Fortsetzung des Ustascha-Regimes, und alle drei waren willens und in der Lage, den Kampf gegen die neue kroatische Regierung mit allem Mitteln zu führen.¹³ Liberalen und auf Ausgleich mit Kroatien bedachten Serben war damit die mäßige Beteiligung an der Ausgestaltung der sich neu entwickelnden Verhältnisse praktisch verwehrt.

Gerade die von Milošević bewußt geschaffene Einbindung der serbischen Freischärler in die politische und militärische Strategie gab dem Konflikt einen Charakter, der westeuropäischen Mechanismen zur Lösung von Krisen am Ende des 20. Jahrhunderts zutiefst fremd war. Die Freischärler handelten ganz bewußt nach Taktiken des anti-osmanischen Kampfes der vergangenen Jahrhunderte, nach Taktiken, die nicht auf den regulären Krieg zwischen Armeen und den größtmöglichen Schutz der Zivilbevölkerung ausgerichtet waren, sondern nach solchen, die das feindliche System, das feindliche Volk in seiner Gesamtheit bekämpften. Massenmord, Vertreibung, Raub, Lüge und Wortbrüchigkeit waren wichtige Bestandteile der Freischärler-Taktik – Bestandteile, die im Hinblick auf das zu verfolgende Ziel durchaus positiv konnotiert waren.¹⁴

Eine besondere Rolle nahm die JVA ein. Eigentlich als jugoslawisches Bundesinstitut geschaffen zur Verteidigung des Landes und der kommunistischen Herrschaft, erfuhr sie um 1990 eine Serbisierung, die ihren Charakter veränderte und sie zum Kampf gegen nicht-serbische Nationalitäten Jugoslawiens befähigte. Desertion und Austritt zahlreicher Nicht-Serben hatten zwar die Personalstärke und die allgemeine Einsatzbereitschaft für klassische militärische Konflikte bedeutend vermindert, Material und Führungsstrukturen aber in serbische Hand fallen lassen. Die JVA konnte somit weiterhin ein wichtiger Machtfaktor bleiben, einerseits durch die fallweise Anwendung direkter militärischer Gewalt gegen Gegner der serbischen Politik, vor allem aber durch die Überlassung von Material und Personal an Freischärler und andere serbische Zivilpersonen in großem Stil.¹⁵

Schließlich existierte in der serbischen Politik noch ein weiterer Mitspieler, der meist nicht direkt an der praktischen Umsetzung von Politik beteiligt war, der aber gleichwohl eine wichtige Rolle bei der moralischen Legitimierung derselben einnahm: Die serbische orthodoxe Kirche, eigentlich ein natürlicher Gegenspieler der serbischen Machthaber sozialistischen bzw. kommunistischen Ursprungs, nach deren Hinwendung zum Nationalismus aber ein willkommener Verbündeter. Der orthodoxe Klerus hatte bereits in türkischer Zeit zumindest in Teilen die damals fehlende serbische Staatlichkeit ersetzt, und die serbische orthodoxe Kirche verstand sich als Nationalkirche, die eben für die Belange der eigenen Nation einzutreten hatte. Folglich unterhielten wichtige Teile des orthodoxen Klerus unterstützende Beziehungen zu serbischen Führern, und sie schreckten nicht davor zurück, 1991 eine Diözese in den kroatischen

¹² Buric, Nationalismus, S. 171.

¹³ Buric, Nationalismus, S. 169-174.

¹⁴ Buric, Nationalismus, S. 174-176.

¹⁵ Buric, Nationalismus, S. 185.

Serbengebieten zu errichten – mit Sitz in der eigentlich unbedeutenden Ortschaft Dalj, wo Freischärler zuvor zahlreiche kroatische Zivilisten umgebracht hatten.¹⁶

Organ der Serben in Kroatien selbst wurde vor allem die Serbische Demokratische Partei (SDS), die ähnlich wie andere Bewegungen in Kroatien ihren Ursprung im Jahr 1989 hatte. Der erste SDS-Führer, der Psychiater Jovan Rasković, rief die Serben zur Bewahrung – oder Wiederherstellung – ihrer Freiheit auf, orientiert an alten Legenden über die Stellung Montenegros im Osmanenreich und an traditionellen serbischen Organisationsformen wie z.B. der Großfamilie. Dieser Rückgriff auf die Geschichte verhinderte erfolgreich eine Annäherung an das individualistisch geprägte europäische Demokratieverständnis. Zugleich verbreitete die SDS in ihrer Propaganda Meldungen über die alte Geschichte serbischer Autonomie in Kroatien – mit einem erheblichen Maß an Geschichtsbeugung, denn in dem unterstellten Maß hatte eine solche Freiheit niemals bestanden, erst recht nicht in der Serbenhochburg Knin, die gar nicht zur habsburgischen Militärgrenze gehört hatte, sondern zu Venedig. Stützen konnte sich die SDS aber darauf, daß die Ustascha im Zweiten Weltkrieg sich in den Serbengebieten Kroatiens ungeheure und brutale Gewaltexzesse hatte zu Schulden kommen lassen, die bis 1989/1990 noch lange nicht vergessen waren und die angesichts der propagandistischen Gleichsetzung von Kroatien und Faschismus durchaus politische Durchschlagskraft entfalteten.¹⁷

2. Der Krieg

2.1. Der Anfang: Die Aufstände der Serben

Die politischen Fronten waren 1990 weitgehend festgefügt: Die nach Unabhängigkeit strebende kroatische Nationalbewegung auf der einen Seite, verkörpert durch die HDZ und die von ihr gestellte neue kroatische Regierung. Auf der anderen Seite die Serben, geführt von der SDS und dominiert von Belgrad und den Freischärler-Organisationen. Das Interesse der kroatischen Regierung, ihre Gewalt über die gesamte Republik auszudehnen, wurde konterkariert durch Maßnahmen der Serben, eben das zu verhindern. Ernsthafte Verhandlungen über eine Lösung des Konflikts waren vor diesem Hintergrund bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1990 nicht mehr möglich, da sich die Positionen – hier kroatische Unabhängigkeit in den historischen Grenzen, dort Sezession der Serbengebiete oder Schaffung eines großserbisch dominierten Jugoslawien – als unvereinbar ausschlossen.

Das Vorspiel zu den zukünftigen Entwicklungen bildete ein Fußballspiel, das im Mai 1990 in Zagreb stattfand: Kroatische und serbische Hooligans lieferten sich eine Schlacht, bei der offensichtlich wurde, daß Fußballmannschaften – Dynamo Zagreb und Hajduk Split auf kroatischer Seite, Roter Stern Belgrad auf der serbischen – schon lange Heimat der eigentlich in Jugoslawien verpönten Nationalismen waren. Die neue kroatische Regierung begann, serbische Polizisten durch Frühverrentung aus ihren Ämtern zu werfen, Tudjman versuchte, mit Verhandlungen die Serben im kroatischen Boot zu halten – vielleicht wohl wissend, daß seinen Versuchen kein Erfolg beschieden sein würde.

Zunächst waren es örtliche Aktionen, mit denen sich die Krajina-Serben gegen Kroatien stellten. Ungehindert von der örtlich präsenten JVA blockierten im August 1990 serbische Aktivisten wichtige Straßen und Bahnlinien zwischen Nordkroatien und Dalmatien. In den Serbengebieten übernahmen Serben die Polizeigewalt, verdrängten kroatische Polizisten aus ihren Ämtern. Eskalieren sollte die Situation aber erstmals im Frühjahr 1991: Ende März wurde ein kroatischer Polizist bei den Plitvicer Seen erschossen, einen Monat später neunzehn seiner Kameraden in der

¹⁶ Buric, Nationalismus, S. 192.

¹⁷ Buric, Nationalismus, S. 214-220.

Nähe von Vukovar.¹⁸ In beiden Fällen hatte der kroatische Staat versucht, seine Ordnungsgewalt auf serbisch dominierte Gebiete auszudehnen.

Schon 1990 hatte die kroatische Regierung erfahren, daß die JVA auf Seiten der Serben stand – als die Volksarmee nämlich untersagt hatte, luftgestützte Operationen gegen die Blockade der Infrastruktur zu unternehmen. Zuvor hatte es serbischerseits gezielte Aktionen gegeben, um die Kroaten zu diskreditieren, darunter ein fingiertes Attentat.¹⁹ Nun, im Zusammenhang mit der kroatischen Unabhängigkeitserklärung, wurde die Position der JVA noch deutlicher. Zwar nahm die Volksarmee für sich in Anspruch, gleichermaßen für die Einheit Jugoslawiens einzutreten und die Konfliktparteien trennen zu wollen. Faktisch jedoch liefen alle Handlungen auf eine Verdrängung der kroatischen Staatsmacht aus den serbischen Gebieten hinaus.²⁰

Schließlich gingen die durch die JVA verstärkten Serben in Sommer und Herbst 1991 dazu über, geschlossene Gebiete Kroatiens zu besetzen – nicht nur solche mit serbischer Bevölkerungsmehrheit, sondern auch andere, in denen sich die Serben in der Minderheit befanden.

Die Aktionen von JVA und kroatischen Serben verliefen meist erfolgreich, zumindest in den Gebieten, in denen beide gemeinsam operierten. Allerdings gab es auch Punkte, an denen die kroatische Regierung dem feindlichen Vormarsch Widerstand entgegensetzte: So fielen zahlreiche Kasernen der JVA im nicht-serbischen Kroatien in kroatische Hand, wodurch die sich neu formierenden kroatischen Streitkräfte erstmals in den Besitz einer nennenswerten Anzahl schwerer Waffen kam. Verteidigt wurde auch die Stadt Vukovar, die von NVA und Serben erst nach langer Belagerung eingenommen werden konnte.

Spätestens am 19. Dezember 1991 konnte der serbisch-jugoslawische Feldzug gegen Kroatien als abgeschlossen gelten. An diesem Tag wurde die Republik der serbischen Krajina ausgerufen, bestehend aus rund 15.000 Quadratkilometern und damit etwas mehr als einem Viertel des kroatischen Staatsgebiets. Allerdings bildete die Krajina-Republik in Kroatien kein geschlossenes Territorium, sie bestand vielmehr aus der eigentlichen Krajina um Knin, einem Gebiet in Westslawonien und den an Serbien angrenzenden Landstrichen in Ostslawonien, Syrmien und der Baranya. Die Verbindungslinien zwischen diesen Landesteilen liefen über Bosnien bzw. Serbien.

2.2. Kroatien als unabhängiger Staat und die internationale Staatengemeinschaft

Die Unmöglichkeit, mit Serbien zu einer befriedigenden Übereinkunft hinsichtlich der zukünftigen Struktur Jugoslawiens zu kommen, gepaart mit den Erfahrungen der serbischen Aggression und den Wahlversprechen der HDZ – all das führte Mitte 1991 zur Erklärung der kroatischen Unabhängigkeit und zum Austritt aus Jugoslawien. Damit war Tadjmans Politik einen weiten Schritt vorwärts gekommen, selbst wenn der hohe Preis des Bürgerkriegs und der Abspaltung der Serbengebiete eingerechnet werden mußte.

Allerdings fand die Unabhängigkeitserklärung zunächst noch keinen positiven Niederschlag in der internationalen Staatenwelt. Die wichtigsten Spieler im internationalen Staatensystem, also Groß- und Mittelmächte wie die USA, Großbritannien, Frankreich, die Sowjetunion bzw. Rußland, Deutschland und Italien, aber auch Vertragsinstitutionen wie die EG, die NATO, die

¹⁸ Steindorff, Ludwig, Kroatien – Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, 2. Auflage, Regensburg 2007, S. 212-213.

¹⁹ Barić, Nikica, The Rise and Fall of the Republic of Serb Krajina (1990-1995), in: Ramet, Sabrina P., Konrad Clewing und Reneo Lukić (Hg.), Croatia since Independence. War, Politics, Society, Foreign Relations, München 2008 (Südosteuropäische Arbeiten Band 131), S. 89-105, hier S. 90.

²⁰ Barić, The Rise, S. 91.

KSZE und die UNO beharrten lange Zeit auf einer integrierten jugoslawischen Lösung des Kroatien-Problems. Sie waren nicht bereit, ohne weiteres Kroatien diplomatisch anzuerkennen, ohne daß alle Mittel der diplomatischen Konfliktlösung angewandt worden wären. Die Sorge war groß, einen Präzedenzfall für andere Regionen Europas und der Welt zu schaffen, und außerdem bedeutete der Zerfall Jugoslawiens natürlich in gewissem Maß auch den Zusammenbruch eines weiteren Teils der nach dem Zweiten Weltkrieg errichteten Ordnung.

Im Rahmen des Kalten Krieges waren mit der KSZE, aber auch im Zuge der europäischen Einigung zur EG/EU Mechanismen und politische Modelle entwickelt worden, die als Instrumente zur Konfliktlösung dienen konnten. Gerade diese beiden Institutionen, später verstärkt durch die UNO, begannen alsbald, eine rege Vermittlungsdiplomatie zu entfalten. Allerdings hielten sich die Erfolge dieser Vermittlungsdiplomatie in Grenzen – als Pluspunkt war lediglich zu verbuchen, daß Tudjman sich bereitfand, die kroatische Unabhängigkeitserklärung einstweilen auszusetzen. Die serbische Offensive lief jedoch ununterbrochen fort, so daß von einem wirksamen Übereinkommen keine Rede sein konnte. Die EG war nicht einmal in der Lage, die Serben als eindeutigen Aggressor zu identifizieren. Sie neigte dazu, beide Konfliktparteien gleich zu behandeln. Das gipfelte im September 1991 darin, daß Großbritannien und Frankreich in der UNO ein allgemeines Waffenembargo gegen Jugoslawien und seine ausscheidenden Nachfolgestaaten durchsetzten – womit einstweilen die starke Stellung der Serben und der JVA zementiert wurde.²¹

Als enorm erschwerend für die Politik der EG-Staaten sollte sich erweisen, daß sie sich ganz bewußt auf diplomatische und allenfalls wirtschaftliche Maßnahmen zur Konfliktregulierung beschränkte, militärischen Einsätzen aber (abgesehen von Beobachtermissionen) eine Absage erteilte. Damit war ein wichtiges Druckmittel gegenüber den Tag für Tag neue Fakten schaffenden Serben aus der Hand gegeben. Und nach dem Waffenembargo konnte nicht einmal die Drohung mit militärischen Nachschublieferungen an Kroatien in diesem Sinne eingesetzt werden. Damit gab es nur noch eine Chance, den Konflikt international zu regulieren – nämlich dann, wenn eine Partei, in diesem Fall die angreifenden Serben, ihre Kriegsziele erreicht hatte.

Das war nach der Eroberung Vukovars und der Ausrufung der Krajina-Republik weitgehend der Fall. Nunmehr konnten EG und UNO auf serbische Zusammenarbeit rechnen, diente doch alle zukünftige Intervention dem Ziel, den nun erlangten Status quo zu sichern. Bis Anfang Januar 1992 hatten internationale Unterhändler nicht weniger als fünfzehn Waffenstillstände ausgehandelt, doch erst der letzte wurde weitgehend eingehalten – alle anderen waren meist von serbischer Seite gebrochen worden. Auf das Selbst- und Vertragsverständnis der Serben waren die meist europäischen Diplomaten einfach nicht vorbereitet gewesen, mit dem Erfolg zahlreicher Mißerfolge. Militärisch unterfütterter serbischer Machtpolitik konnte die auf Konsens orientierte EG nichts entgegensetzen.²²

Genau dieses Erkenntnis führte in einigen europäischen Staaten zum Umdenken. Unterhalb der Regierungsebene gab es in mehreren europäischen Staaten Überlegungen, der neuen Lage Rechnung zu tragen und Kroatien diplomatisch anzuerkennen. Ein Konflikt innerhalb der EG bahnte sich an: Während namentlich die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs auf der Unversehrtheit Jugoslawiens beharrten, begann Deutschland, sich für das Selbstbestimmungsrecht der Völker einzusetzen. Deutschland zur Seite stand in diesem Zusammenhang das außerhalb der EG stehende Österreich, außerdem der Vatikan.²³ Abgesehen von EG-interner Verhandlungstätigkeit war die deutsche Politik ab Anfang Dezember begleitet von einer Kündigung mehrerer Verträge mit Jugoslawien. Schließlich durchbrach die deutsche

²¹ Giersch, Carsten, Konfliktregulierung in Jugoslawien 1991-1995. Die Rolle von OSZE, EU, UNO und NATO, Baden-Baden 1998, S. 137.

²² Giersch, Konfliktregulierung, S. 137.

²³ Beck, Albrecht A., Deutsches Konfliktmanagement im ehemaligen Jugoslawien 1991-1998 – Zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Saarbrücken 2008, S. 82-83.

Außenpolitik die französisch-britische Blockade und setzte die Anerkennung Kroatiens durch – wobei zum Ärger der Partner Deutschland vorpreschte und diese, gemeinsam mit dem Vatikan und Österreich, bereits am 23. Dezember 1991 aussprach, vor dem eigentlich vereinbarten Termin am 15. Januar 1992, der nun dem Austausch von Botschaftern vorbehalten blieb. Damit jedenfalls war der Bann gebrochen: Die Masse der EG-Staaten und viele andere Länder erkannten Kroatien diplomatisch an.²⁴

Die diplomatische Anerkennung Kroatiens, die Ausrufung der Krajina-Republik und die Tatsache, daß die Serben ihre Minimal-Kriegsziele erreicht hatten, führten zu einer Situation, in der beide Kriegsparteien bereit waren, den Einsatz einer UNO-Friedenstruppe zur Entschärfung des Konflikts zu akzeptieren. Die Erwartungen an das UNO-Engagement divergierten allerdings stark: Während die UNO – und die EG – davon ausgingen, auf diese Weise das Tor für friedliche Verhandlungen aufgestoßen zu haben, erhoffte sich die kroatische Regierung von der UNO-Präsenz ein Mindestmaß an Rechtssicherheit, das die Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen in ihre Häuser zulassen würde. Die Serben hingegen gingen davon aus, daß nun ihr Territorium stabilisiert und unter dem UNO-Schutzschirm vor kroatischen Gegenangriffen sicher sein müßte.

Wie sich im Verlauf der nächsten Monate und Jahre herausstellte, lagen lediglich die Serben mit ihrer Einschätzung richtig. Die UNO-Truppen waren nicht in der Lage, die nicht-serbische Bevölkerung in der Krajina auch nur ansatzweise zu schützen geschweige denn eine Rückkehr der Vertriebenen einzuleiten. Zu Verhandlungen kam es zwar immer wieder, doch wurden die Verträge immer wieder – meist von serbischer Seite – gebrochen. Ja, die Stationierungsgebiete der UNO-Truppen blieben Rückzugsgebiete serbischen Militärs, das von dort aus immer wieder kroatisches Territorium mit Raketen, Artillerie und Luftfahrzeugen angriff. Die UNO-Kontingente waren nicht willens und von ihrer militärischen Schlagkraft her auch nicht imstande, das zu unterbinden. Von daher blieb der UNO-Einsatz ein jahrelanger Mißerfolg, dessen lange Dauer und ineffiziente Ausgestaltung nur mit dem diplomatischen Tauziehen zu erklären ist, das innerhalb der internationalen Organisationen und zwischen den verschiedenen Groß- und Mittelmächten um die richtige Politik gegenüber den jugoslawischen Nachfolgestaaten abließ.

2.3. Bosnien-Herzegowina

Die Situation in Kroatien selbst schien damit Anfang 1992 weitgehend geklärt: Ein international anerkannter Staat, der nur über drei Viertel seines Territoriums verfügen konnte. Der Staat Kroatien war jedoch nicht identisch mit der Summe aller Kroaten. Abgesehen von einer erheblichen Diaspora lebten auch in der Nachbarrepublik Bosnien-Herzegowina noch viele Leute, die sich teils als Kroaten, teils als katholische Bosnier empfanden.

Nun war kaum zu erwarten, daß Bosnien-Herzegowina als multi-ethnisches Gebilde den Konflikt um die serbische Vorherrschaft in Jugoslawien unbeschadet überstehen würde. Und in der Tat setzten im Frühjahr 1992 die bosnischen Serben – wie in Kroatien mit Unterstützung Belgrads und der JVA – zu einem raschen und durchschlagenden Eroberungsfeldzug an, in dessen Verlauf sie nahezu alle von serbischen Mehr- und Minderheiten bewohnte Gebiete vereinnahmten konnten, insgesamt mehr als zwei Drittel des Staatsgebiets. Wie schon in Kroatien wurde in diesen Gebieten die nicht-serbische Bevölkerung nahezu vollständig vertrieben oder umgebracht. Anders als in Kroatien standen den Serben diesmal zwei Nationalitäten gegenüber: Kroaten und die bosnischen Muslime (Bosniaken). Stabilisiert wurde die Lage nach den serbischen Siegen wie in Kroatien durch eine UN-Friedenstruppe.

²⁴ Beck, Deutsches Konfliktmanagement, S. 95-97.

Die strategische Situation der kroatischen Minderheit in Bosnien-Herzegowina war erheblich ungünstiger als die der Kroaten im kroatischen Mutterland: Einerseits stellten sie nur eine Gruppe von weniger als zwanzig Prozent der Gesamtbevölkerung. Andererseits verfügten sie nur in der mittleren und nördlichen Herzegowina über kompakte Siedlungsgebiete, in denen sie auch die Bevölkerungsmehrheit stellten. Die übrigen kroatischen Mehrheitsgebiete bestanden aus verstreuten Ortschaften in Zentralbosnien, im Hinterland von Dubrovnik und an der Save im Norden.

Innerhalb der kroatischen HDZ gab es erhebliche Differenzen darüber, wie mit dieser Situation umzugehen sei. Während eine Reihe von Gründungsmitgliedern der Bewegung, darunter Stjepan Mesić, die Meinung vertraten, Bosnien-Herzegowina solle als Staat unangetastet bleiben und damit einhergehend sei auf ein Engagement kroatischer Regierungsorgane dort zu verzichten, ging Tudjman davon aus, der kroatische Staat habe eine Schutzrolle für die kroatische Minderheit in Bosnien zu übernehmen. Schließlich setzte sich die Gruppe um Tudjman durch: Mesić und einige andere Parteigrößen verließen daher die HDZ.

Tudjmans Schutz für die bosnischen Kroaten äußerte sich in einer Vielzahl von Hilfsmaßnahmen, deren vielleicht wichtigste die militärische Zusammenarbeit und logistische Unterstützung war. So konnten die eigentlich personell und materiell schwachen kroatischen Streitkräfte in Bosnien ihre Positionen behaupten, sogar, nachdem es 1993 zu Kämpfen mit den muslimischen Verbündeten gekommen war.

2.4. Das Erstarken Kroatiens und die Gegenoffensiven 1995

Nach dem Verlust weiter Teile des Territoriums 1991 (bzw. in Bosnien 1992) und der dann eingetretenen Pattsituation konzentrierte sich die kroatische Regierung darauf, die Verluste in absehbarer Zukunft rückgängig zu machen. Dem diente einerseits der forcierte Ausbau der Streitkräfte, die zu Beginn des Konflikts noch gar nicht existiert hatten. War es 1991 noch eine zusammengewürfelte Truppe aus Polizisten und einzelnen, manchmal privat organisierten Freischärlern gewesen, die das Land verteidigt hatte, schuf Tudjman im Verlauf der nächsten Jahre eine schlagkräftige Armee. Die Privattruppen wurden aufgelöst und in die neuen kroatischen Streitkräfte integriert, Teile der Polizei in diese übernommen. Ein schwerwiegendes Problem ergab sich aus dem Waffenembargo der UN gegen die Nachfolgestaaten Jugoslawiens – auf dem freien Markt konnten so nur begrenzt Waffen und vor allem militärischen Großgerät erworben werden. Allerdings war Kroatien in der Lage, dieses Manko wenigstens teilweise wettmachen zu können, erstens durch die Bestände, die 1991 in den Kasernen der JVA auf kroatischem Territorium erbeutet worden waren, zweitens dadurch, daß inoffizielle Möglichkeiten zur Belieferung mit Großgerät gefunden wurden. So unterstützte zum Beispiel Deutschland – unter Umgehung des Waffenembargos und auf Umwegen über Ungarn und die Türkei – Kroatien mit einer Vielzahl an Waffen und militärischen Ausrüstungsgegenständen.

Die zweite Säule der kroatischen Rückeroberungspolitik bestand aus diplomatischen Vorstößen. So versuchte Zagreb, mit der serbischen Führung unter Milošević Abkommen zu schließen, etwa über eine eventuelle Aufteilung der Interessensphären in Bosnien. Vor allem aber gelang es, nach dem offenkundigen Scheitern der UN-Missionen in Kroatien und Bosnien die NATO und damit die USA als interessierte Partner im Jugoslawien-Konflikt zu gewinnen.²⁵

Bis 1995 erschöpften sich die Aktionen des kroatischen Militärs in Detailoperationen zur Beseitigung örtlicher Probleme. Das größte Problem dieser Art war die Blockade der Landverbindung zwischen Nord- und Südkroatien in der Nähe der Stadt Zadar, weshalb dort die

²⁵ Morel, Jean-François, American-Croatian Relations during the 1990s, in: Ramet, Sabrina P., Konrad Clewing und Reneo Lukić (Hg.), Croatia since Independence. War, Politics, Society, Foreign Relations, München 2008 (Südosteuropäische Arbeiten Band 131), S. 353-379, hier S. 354-365.

ersten kroatischen Offensiven stattfanden. Den eigentlichen – und entscheidenden – Höhepunkt erreichte die kroatische Kriegführung jedoch erst 1995, als in zwei großen Operationen zunächst das serbisch beherrschte Westslawonien und danach die übrigen Serbengebiete mit Ausnahme Ostslawoniens und der Baranya eingenommen wurden. Im Zusammenhang mit der letzteren Offensive stieß die kroatische Armee auch weit nach Bosnien hinein vor, ein Grund dafür, daß letztlich im amerikanischen Dayton ein Waffenstillstand ausgehandelt werden konnte.

2.5. Die Brutalität des Krieges – ethnische Säuberungen und Kriegsfolgen

Weder der Krieg in Kroatien noch der in Bosnien waren klassische Kriege zwischen Streitkräften um Sieg oder Niederlage gegeneinander. In beiden Fällen verfügten zu Beginn der Konflikte entweder eine oder beide Seiten überhaupt nicht über eine eigene staatliche Armee. Das Kriegsziel der Serben bestand in der Schaffung rein serbischer Räume, und die anderen Kriegsparteien schlossen sich diesem Ziel unter umgekehrten Vorzeichen zuweilen an. Von außen kommende Aktivisten forcierten einen Kampf, der unter den vor Ort lebenden Nachbarn so wohl nie in Gang gekommen wäre.

Gerade die serbische Seite erwies sich als unduldsam gegenüber der nicht-serbischen Bevölkerung der von ihr beherrschten Gebiete: Öffentliche Morde, ja Massenmorde an Kroaten und Bosniaken waren ebenso an der Tagesordnung wie das Einsperren von Kroaten und Muslimen in Lagern, begleitet zum Teil von Massenvergewaltigungen. Von einer auch nur im Mindesten gearteten Wahrung der Genfer Konvention, des Völker- und Menschenrechts konnte keine Rede sein. Aber eine solche Beachtung rechtlicher Normen hätte auch nicht dem Charakter des Krieges entsprochen: Es ging eben nicht um einen Konflikt zwischen zwei Staaten, sondern um die Durchsetzung nationaler Ideen, namentlich um die Verwirklichung eines Groß-Serbiens.

War es in Kroatien den Serben vorbehalten, Kriegsverbrechen ungeheuren Ausmaßes zu verüben, gingen in der verschachtelten Situation Bosniens auch die anderen Kriegsparteien zu solch schrecklichen Maßnahmen über.

Die internationale Staatenwelt war über die stattgefundenen Verbrechen – Morde, Vergewaltigungen, Vertreibungen, Enteignungen, Entrechtungen, Diskriminierungen – natürlich entsetzt. Sie unternahm auch einiges, um die Folgen zu mildern, etwa indem Deutschland und Österreich zahlreiche Flüchtlinge aufnahmen oder indem zivile und militärische Hilfstransporte organisiert wurden. Was nicht stattfand, war ein wirkungsvolles Eintreten gegen die Verbrechen zur Zeit der Begehung. Lediglich eine Ahndung war seit dem Vertrag von Dayton vorgesehen, durch das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag.

Die kroatische Seite hatte von 1991 bis 1995 rund 10.000 Kriegstote zu beklagen, 2.300 Personen blieben dauerhaft vermißt. Hinzu kamen 37.000 Verwundete, von denen 19.000 behindert blieben.

Riesenhafte Zahlen kennzeichnen die Phänomene Vertreibung und Flucht: Ende 1992 gab es in Kroatien über 660.000 Flüchtlinge und Vertriebene (zum Teil auch aus Bosnien-Herzegowina), die von der Regierung und zahlreichen Hilfsorganisationen versorgt werden mußten. Ein Jahr später hatte sich diese Zahl durch Weiterzug ins Ausland zwar in etwa halbiert, dennoch blieb weiterhin eine gewaltige menschliche Tragödie zu verzeichnen. Die letzte große Fluchtbewegung setzte 1995 ein, als etwa 280.000 Krajina-Serben vor den kroatischen Truppen außer Landes flohen. Nach Beendigung des Krieges 1995 zeigte sich, wie schwierig die Rückführung der Flüchtlinge und Vertriebenen in ihre Heimat sein würde – schließlich waren deren einstige Häuser und Wohnungen zum großen Teil von den Serben zerstört worden.²⁶

²⁶ Weber, Joachim, Kroatien. Regionalentwicklung und Transformationsprozesse, Stuttgart 2002 (Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft in Hamburg Band 92), S. 136-138.

Die wirtschaftlichen Schäden durch den Krieg waren ebenfalls bedeutend. Mehr als zehn Prozent des Wohnraums in Kroatien waren zerstört oder schwer beschädigt, dazu (vor allem im serbischen Einflußbereich) zahlreiche Infrastrukturobjekte, Kirchen und öffentliche Gebäude. Die Landwirtschaft war betroffen durch den Verlust großer Bestände an Vieh und Ackergerät, vor allem aber durch die zahlreichen Landminen, die serbische Freischärler wild gelegt hatten und die mangels überlieferter Pläne nur schwer zu räumen waren. Die gesamten Sachschäden dürften sich auf umgerechnet gut drei Milliarden Euro belaufen haben. Hinzu kamen immense weitere Schäden durch den Niedergang der Wirtschaft, etwa die hohe Arbeitslosigkeit und das Ausbleiben des Tourismus. Mittelbare Folgen für die Industrie ergaben sich durch die Unterbrechung des Wirtschaftskreislaufes, weil zahlreiche Betriebe Kroatiens auf die Zusammenarbeit mit anderen jugoslawischen Republiken angewiesen gewesen waren.²⁷

3. Die Republik Kroatien

3.1. Das Land unter dem Präsidenten Tudjman

Natürlich prägte der Krieg Kroatien in den ersten Jahren – aber die Kriegführung war nicht alles. Daneben ging es darum, dem neu entstandenen Staat überhaupt erst einmal eine umfassende Ordnung zu geben: Eine politische Kultur, eine Rechtsordnung, ein Wirtschaftssystem, internationale Beziehungen. Eigentlich alle dieser Aspekte staatlichen Daseins mußten erst noch geschaffen werden bzw. sich entwickeln – das kommunistische Jugoslawien konnte kaum als Vorbild dienen.

Nach der neuen Verfassung war das Ziel eigentlich klar definiert: Kroatien sollte eine pluralistische, rechtsstaatliche Demokratie nach westeuropäischem Muster werden, eine Demokratie, die mittelfristig in NATO und EG/EU beheimatet wäre und damit das in Kroatien selbst nie akzeptierte politische Umfeld des orthodox geprägten Ost- und Südosteuropa verlassen würde. Allerdings stellte sich bald heraus, daß der Weg zu diesem Ziel durchaus nicht einfach sein würde.

Das grundlegende Problem bestand im Fehlen einer gewachsenen, in europäischen Standards sozialisierten Führungsschicht. Die Biographien der leitenden und tonangebenden Persönlichkeiten waren fast durchgehend durch den Kommunismus Jugoslawiens geprägt, in einigen Fällen auch durch die der alten Ustascha nahestehende kroatische Diaspora oder durch die in Kroatien traditionell national und konservativ orientierte katholische Kirche. Hinzu kam die Erfahrung des Krieges und der Jubel über die kürzlich errungene Selbständigkeit, beides Faktoren, die einen in den lange im Frieden lebenden Staaten West- und Mitteleuropas unbekannt und befremdlich wirkenden Nationalismus begünstigten. Ähnliche Schwierigkeiten mit der Umsetzung der neuen Werte hatten auch Verwaltung und Rechtsprechung.

Präsident Tudjman selbst war zwar einer der Väter der neuen Verfassung, verkörperte aber gleichzeitig einen Geist, der der Intention dieser Verfassung zuwiderlief. Allein Tudjmans häufiges Auftreten in Uniform ließ erkennen, daß der Präsident noch von einer anderen Zeit geprägt war und Schwierigkeiten haben würde, sein Land in die ausgesprochen zivilgesellschaftlich ausgerichtete Europäische Union zu führen. Er fühlte sich als eine Art Übervater der Kroaten – und nicht nur der Kroatiens, sondern auch der in Bosnien-Herzegowina. Aus dieser Position heraus veranlaßte Tudjman zahlreiche für Kroatien wichtige Modernisierungsprojekte, betrieb aber gleichzeitig eine höchst umstrittene Klientelpolitik zur Versorgung seiner Anhänger. Die vom Grundsatz her freie Medienlandschaft wurde von Tudjman und der HDZ zeitweise stark beeinflußt, was die Kritik an seiner Politik dämpfte.

²⁷ Schönfelder, Bruno, *The Impact of the War 1991-1995 on the Croatian Economy – A Contribution to the Analysis of War Economies*, Freiberg 2005 (Freiberger Arbeitspapiere Band 14), S. 8-15.

Wirtschaftlich kam es darauf an, direkte Kriegsfolgen zu minimieren bzw. möglichst schnell zu überwinden, den jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus in eine Marktwirtschaft zu verwandeln und schließlich neue Märkte zu erschließen, nachdem die alten jugoslawischen und osteuropäischen weggebrochen waren. Zentrale Bedeutung kam dem Wiederaufleben des Tourismus zu, der als mit Abstand wichtigste Devisenquelle des Landes galt.

Der Weg in die Marktwirtschaft konnte nur über eine Privatisierung der bis dahin in Gesellschafts- bzw. Staatseigentum befindlichen Firmen laufen. Abgesehen von den Schwierigkeiten, die die Konstruktion des jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus mit sich brachte und die letztlich in ungeklärten Eigentumsverhältnissen an zahlreich Firmen bestanden, war sich die kroatische Politik zunächst nicht einig darüber, welcher Weg einzuschlagen war: Privatisierung war am besten durchzuführen durch den Gewinn ausländischer Investoren. Dem Verkauf von Aktienmehrheiten an Ausländer stand die kroatische Regierung jedoch sehr kritisch gegenüber. Die Privatisierung durch Verkauf bzw. Übernahme durch inländische Kroaten, also meistens Manager der jeweiligen Unternehmen, blieb jedoch erschwert durch das Fehlen von Kapital – eines Kapitals, das dringend notwendig war, um wichtige Investitionen vorzunehmen. Hinzu kam, daß eventuelle Investoren zur Beachtung zahlreicher Auflagen verpflichtet wurden, etwa zur Garantie von Arbeitsplätzen, eine Maßnahme, die sozialpolitisch vielleicht durchaus sinnvoll war, gleichwohl aber potentielle Käufer abschreckte. Letztlich blieben zahlreiche (vor allem größere) Firmen ganz oder teilweise in staatlicher Hand. So gelang es zwar, einen Ausverkauf der Wirtschaft zu verhindern, wie er in manchen anderen ehemals kommunistischen Staaten stattfand und dort zu großen sozialen Brüchen führte. Andererseits war auf diese Weise auch kein wirklicher Neuanfang möglich, so daß strukturelle Probleme der kroatischen Wirtschaft konserviert und in die Zukunft mitgeschleppt wurden.²⁸

Daß dennoch die kroatische Wirtschaft in der Ära Tadjman nicht zusammenbrach, lag vor allem daran, daß zwei andere Problemfelder relativ befriedigend gelöst werden konnten. So gelang es einerseits, den wichtigen Werften schon kurz nach dem Krieg wieder neue bzw. traditionelle Märkte zu erschließen und die kroatische Schiffbauindustrie auf Rang neun in der Welt zu heben. Vor allem aber setzte der Adriatourismus wieder ein, zwar zunächst nicht im Vorkriegsumfang und zeitweise gestört durch externe politische Entwicklungen (Kosovo-Konflikt), jedoch nachhaltig. Mit den daraus erwachsenen Deviseneinnahmen war das System Tadjman in der Lage, Mißerfolge in anderen Bereichen zeitweise zu kompensieren und Kriegsschäden langsam zu beseitigen. Tourismus und Infrastruktur blieben folglich auch Schwerpunkte staatlicher Entwicklungspolitik, etwa in Gestalt des Baus von Fernverkehrsstraßen.

3.2. Auf dem Weg nach Europa

Tudjmans Tod 1999 markiert die bislang letzte große Wende in der kroatischen Geschichte. Die Phase der Konsolidierung des kroatischen Nationalstaats konnte trotz aller verbliebenen Probleme als weitgehend abgeschlossen gelten. Nun kam es darauf an, im Land selbst einen funktionierenden Pluralismus zu etablieren und große außenpolitische Ziele zu erreichen: Die Aufnahme in die euro-atlantische Wertegemeinschaft durch den Beitritt zu NATO und EU.

Beidem standen gewisse Hindernisse entgegen. Weitreichende, auch in anderen osteuropäischen Transformationsländern auftretende Korruption und Klientelwirtschaft machten politische und wirtschaftliche Entscheidungsprozesse schwer durchschaubar. Die Erfahrungen des erst wenige Jahre zurückliegenden Krieges und die Tatsache, daß die kroatische Unabhängigkeit erst kürzlich durch große Opfer errungen war, förderten und konservierten in weiten Kreisen der Bevölkerung und Teilen der Elite eine nationale Unduldsamkeit, die der mit einer künftigen atlantischen und europäischen Integration einhergehenden Aufgabe von Souveränitätsrechten entgegenstand.

²⁸ Weber, Kroatien, S. 165-170.

Gerade der Annäherungsprozeß an die EU verlangte einen Verzicht auf Tadjmans System der (teilweisen) Staatswirtschaft und ein Nachholen der Entwicklungen, die andere ehemals kommunistische Staaten bereits Jahre zuvor durchgemacht hatten – mit einer kurzfristigen Einschränkung des Lebensstandards und einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit. Die Annäherung an EU und NATO erzwang ein partielles Abstandnehmen von der im eigenen Selbstbewußtsein zutiefst verankerten Opferrolle, da die Ermittlungen des Gerichtshofes in Den Haag auch kroatischen Generälen und Politikern den Vorwurf von Kriegsverbrechen machten. Die Außenpolitik gegenüber Nachbarn führte zu Zerwürfnissen, so in der ungünstigen Ausgangsposition Kroatiens gegenüber dem neuen EU-Mitglied Slowenien bei der Klärung von Grenzfragen und allgemein in der Stellung gegenüber Bosnien-Herzegowina und den dortigen Kroaten, die von Tadjman wie selbstverständlich als Teil Kroatiens behandelt worden waren, nun aber von Zagreb in den Status einer bosnischen Minderheit gedrängt und jedenfalls teilweise der Unterstützung durch das kroatische Mutterland beraubt wurden. Umstritten blieb die Aufnahme zahlreicher serbischer Flüchtlinge, die 1995 das Land verlassen hatten, eine Aufnahme, die manche Landstriche nach Meinung vieler Kroaten wieder zu dem machen würde, was sie vor dem Krieg waren, nämlich zu serbischen Siedlungsgebieten und Horten potentiellen Widerstands.

Immerhin gelang es den kroatischen Regierungen nach 1999, die unter Tadjman eingetretene internationale Isolation zu überwinden. Wie extrem diese auf höchster Regierungsebene gewesen war, hatte sich bei der Beerdigung des alten Präsidenten gezeigt, als kaum aktive Politiker aus dem Ausland daran teilnahmen – und vor allem nicht die wichtigsten, etwa Regierungs- oder Staatschefs bzw. Außenminister aus Deutschland und den großen EU-Staaten. In der Folge gelang es Kroatien, 2004 Beitrittskandidat der EU zu werden und nach verbesserter Zusammenarbeit mit dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag 2005 die Beitrittsverhandlungen zu eröffnen. 2009 wurde das Land in die NATO aufgenommen. Die Verhandlungen mit der EU, zeitweise blockiert durch ein Veto Sloweniens und belastet durch eine gewisse Aufnahmemüdigkeit vieler EU-Staaten, sind bis 2010 in vielen Bereichen abgeschlossen, so daß von der EU und Zagreb ein Beitritt um 2011 angestrebt wird.

Zusammenfassung

Die krisenhafte Entwicklung in Jugoslawien um 1990 hatte erstmals seit dem Mittelalter einen unabhängigen kroatischen Staat entstehen lassen. Dieses neue Kroatien hatte erhebliche Schwierigkeiten, eine international gesicherte Existenz zu erringen und in einem vierjährigen Bürgerkrieg zu behaupten. Dennoch gelang es, ein funktionierendes demokratisches Staatswesen zu errichten, das sogar in der Lage war, eine Perspektive in Richtung NATO und EU zu entwickeln und einen Platz im demokratischen Europa einzunehmen.

Literatur

Barić, Nikica, *The Rise and Fall of the Republic of Serb Krajina (1990-1995)*, in: Ramet, Sabrina P., Konrad Clewing und Reneo Lukić (Hg.), *Croatia since Independence. War, Politics, Society, Foreign Relations*, München 2008 (Südosteuropäische Arbeiten Band 131), S. 89-105.

Beck, Albrecht A., *Deutsches Konfliktmanagement im ehemaligen Jugoslawien 1991-1998 – Zwischen Anspruch und Wirklichkeit*, Saarbrücken 2008.

Buric, Christian, Nationalismus, ethnischer Konflikt und Parteiidentität: Ein vergleichender und ideologiekritischer Beitrag zum Phänomen des Nationalen in Kroatien, Diss. München 2000 (kein Verlag, Computer-Ausdruck).

Giersch, Carsten, Konfliktregulierung in Jugoslawien 1991-1995. Die Rolle von OSZE, EU, UNO und NATO, Baden-Baden 1998.

Hösch, Edgar, Geschichte der Balkanländer. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart, 3. Auflage, München 1995.

Morel, Jean-François, American-Croatian Relations during the 1990s, in: Ramet, Sabrina P., Konrad Clewing und Reneo Lukić (Hg.), Croatia since Independence. War, Politics, Society, Foreign Relations, München 2008 (Südosteuropäische Arbeiten Band 131), S. 353-379.

Ramet, Sabrina P., Konrad Clewing und Reneo Lukić (Hg.), Croatia since Independence. War, Politics, Society, Foreign Relations, München 2008 (Südosteuropäische Arbeiten Band 131).

Regan, Krešimir (Hg.), Hrvatski povijesni atlas [Kroatischer Geschichtsatlas], Zagreb 2003.

Schönfelder, Bruno, The Impact of the War 1991-1995 on the Croatian Economy – A Contribution to the Analysis of War Economies, Freiberg 2005 (Freiberger Arbeitspapiere Band 14).

Steindorff, Ludwig, Kroatien – Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, 2. Auflage, Regensburg 2007.

Strohmaier, Robert, Die Ideologie der Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (HDZ) in der Ära Franjo Tuđman. Historische Determinanten und Entwicklung, München 2004 (zugleich Diss. München 2003).

Sundhaussen, Holm, Experiment Jugoslawien. Von der Staatsgründung bis zum Staatszerfall, Mannheim u.a. 1993.

Tuđman, Franjo, Das historische Schicksal des Volkes – Ausgewählte Aufsätze, Bad Kissingen/Köln 1997.

Weber, Joachim, Kroatien. Regionalentwicklung und Transformationsprozesse, Stuttgart 2002 (Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft in Hamburg Band 92).

Weckbecker, Arno und Frank Hoffmeister, Die Entwicklung der politischen Parteien im ehemaligen Jugoslawien, München 1997.